

ZWISCHEN DEN FRONTEN

Boris Kanzleiter und Dirk Auer

Manchmal erklärt ein Blick auf die Geographie mehr über die politischen Verhältnisse als viele Worte. So ist es in Mitrovica, der geteilten Stadt im Norden des Kosovo. Im nördlichen Teil wohnen fast ausschließlich Serben, im Süden dagegen nur Albaner. Der Fluss Ibar bildet die Grenze zwischen zwei Welten, die mit dem Rücken zueinander stehen. Die von internationalen Polizeikräften bewachte Brücke über den Fluss wird oft als Sinnbild für die ethnische Teilung des Kosovos bezeichnet. Es ist auf jeden Fall der Ort, an dem der Konflikt in der umstrittenen Provinz am deutlichsten sichtbar wird.

EIN RUINENFELD SYMBOLISIERT DIE VERTREIBUNG DER ROMA

Und doch wird die Metapher von der Brücke der Teilung erst vollständig, wenn sie auch das Ruinenfeld mit einschließt, das sich in unmittelbarer Nähe am Flussufer entlang zieht. Auf diesem Gelände zwischen dem albanischen Süden und dem serbischen Norden lebten vor dem Krieg 1999 über 8.000 Roma und Ashkali. Es war eine der größten Romasiedlungen auf dem Balkan. Heute ist davon außer ein paar verlorenen Trümmern kaum noch etwas zu erkennen. Die Bewohner der Romska Mahala sind geflohen. Manche leben heute in Flüchtlingscamps im Kosovo oder in Serbien,



die meisten in Deutschland, Frankreich oder Skandinavien.

Die Zerstörung der Mahala von Mitrovica war kein Einzelfall. Von einst über 150.000 Roma und Ashkali leben heute nur noch etwa 35.000 im Kosovo. Die Vertreibung der Roma und Ashkali aus dem Kosovo hatte System. Der Kampf um Territorium zwischen konkurrierenden ethnonationalen Staatsprojekten wurde während der Kriege im früheren Jugoslawien überall mit dem Instrument der Bevölkerungspolitik ausgefochten. Kontrolle über das Territorium wurde dabei durch die Herstellung ethnischer Mehrheiten erzwungen. Die Methoden waren und sind dabei weit gefächert. Die brutalen »ethnischen Säuberungen« durch die militärischen Vertreibungsfeldzüge in den 90er Jahren waren nur der sichtbarste Ausdruck einer Politik, die heute durch gezielte Ansiedlungsprojekte in umstrittenen Gebieten oder die Verhinderung der Rückkehr von Flüchtlingen fortgeführt wird.

DIE OPFER ETHNONATIONALER MACHTPOLITIK

Die größten Opfer dieser ethnonationalen Machtprojektionen waren die Bevölkerungen ohne Staat. Im Kosovo standen

Roma, Ashkali, Ägypter, Bosniaken, Türken und Gorani zwischen den Fronten der konkurrierenden Machtansprüche der Regierung Serbiens und der albanischen Unabhängigkeitsbewegung. In einem Konflikt, der von der Weltöffentlichkeit nur als ein Zweifrontenkrieg interpretiert wird, gerieten sie unter Druck von beiden Seiten.

Vor allem die Situation der Roma, Ashkali und Ägypter hat sich auch durch die internationale Intervention im Kosovo nicht grundsätzlich verbessert. Tatsächlich setzte die umfangreichste Vertreibungswelle gegen sie sogar erst nach dem Einmarsch der NATO-Truppen im Juni 1999 ein. Die serbisch sprechenden Roma wurden von albanischen Nationalisten als angebliche »Kollaborateure« der serbischen Staatsmacht angegriffen. Aber auch den albanisch sprechenden Ashkali erging es nicht besser. Claude Cahn vom European Roma Rights Center in Budapest war im Sommer und Herbst 1999 Augenzeuge: »Man konnte damals durch den Kosovo fahren und es brannten einfach überall Häuser. Das allgemeine Bild war, dass die ethnischen Minderheiten vertrieben wurden. Dabei wurden Standard-Terror-Techniken benutzt: direkte Bedrohungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Morde, Festnahmen, Folterungen und Schläge.«



ROMA UND ASHKALI SIND DIE VERGESSENEN VERLIERER DES KOSOVO-KONFLIKTS

DIE POLITIK DER VERTREIBUNG WIRKT BIS HEUTE FORT

Die Vertreibungen von 1999, die oft unter den Augen der NATO-Truppen stattfanden, sind für die Roma und Ashkali des Kosovo noch nicht Geschichte. Bis heute sind kaum Flüchtlinge zurückgekehrt. Die ökonomische Situation der im Kosovo verbliebenen Roma ist desolat. Die Arbeitslosigkeit, die sonst bei etwa 60 % liegt, erreicht bei den Angehörigen der Roma-Gemeinschaften fast 100 %. Und noch immer herrscht Angst, gibt es keine vollständige Bewegungsfreiheit, sind Diskriminierung, Einschüchterungen und gewalttätige Übergriffe an der Tagesordnung. Die Delikte werden aus Angst vor Vergeltung oft nicht gemeldet.

Erst drei Jahre ist es her, dass sich das Szenario von 1999 wiederholte und vor allem Ashkali erneut Opfer pogromartiger Ausschreitungen wurden. Auch wenn sich die Lage seitdem beruhigt zu haben scheint: Niemand kann für die Zukunft garantieren. Spricht man mit Roma im Kosovo, trifft man immer wieder auf ein unbestimmtes Gefühl der Angst vor der kommenden Unabhängigkeit Kosovos. Dazu tragen nicht nur die nationalistischen Mobilisierungen auf albanischer und serbischer Seite bei, welche den seit Monaten anhaltenden Verhandlungsprozess um die ungelöste Statusfrage des Kosovo begleiten. Es ist auch das Klima der Straflosigkeit, das immer neues Misstrauen schafft. Für die Vertreibung der Zehntausende Roma und Ashkali und

die mehreren hundert Morde im Sommer 1999 wurde von der UN-Übergangsverwaltung UNMIK kein einziger Täter vor Gericht gestellt.

ABSCHIEBUNG INS NICHTS

Verstärkt werden die Probleme durch ein Abschiebeabkommen, das im Frühjahr 2005 auf Druck der deutschen Innenminister zwischen der Bundesrepublik und der UNMIK geschlossen wurde. Die abgeschobenen Familien, welche seither in unregelmäßigen Abständen am Flughafen Pristina eintreffen, stehen buchstäblich mit leeren Händen da. Finanzielle Hilfen können sie von keiner Stelle erwarten. Die UN-Verwaltung erklärt, es gebe keine Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, abgeschobene Flüchtlinge zu unterstützen. Die soziale Integration der Rückkehrer falle in die Verantwortung der kosovarischen Gemeindeinstitutionen. Doch die spielen den Ball an UNMIK zurück: An der Vereinbarung, die Flüchtlinge wieder zurückzuführen, sei man schließlich nicht beteiligt gewesen.

Bisher wurden vor allem albanisch sprechende Ashkali abgeschoben, deren Sicherheitssituation die deutschen Innenminister – trotz der Übergriffe im März 2004 – als zufriedenstellend bezeichnen. Die eigentliche Abschiebewelle, so ist zu befürchten, steht jedoch erst noch bevor – wenn nämlich die UN-Mission für beendet erklärt wird und damit auch der immer noch geltende Abschiebestopp für die serbisch sprechenden Roma fällt. Insgesamt 38.000 Roma, Ashkali und Ägypt-

ter aus dem Kosovo leben noch mit einem ungesicherten Status in Deutschland.

EINE MULTIETHNISCHE ZUKUNFT OHNE BETEILIGUNG DER MINDERHEITEN?

Der deutsche UNMIK-Chef Joachim Rucker erklärt zwar immer wieder, die Zukunft des Kosovo könne nur »multiethnisch« sein. Doch die Realität widerspricht den Versprechungen, was sich nicht zuletzt auch darin zeigt, dass die ethnischen Minderheiten des Kosovo von der Entscheidung über den zukünftigen Status des Kosovo systematisch ausgeschlossen wurden. Trotz vieler Petitionen sind sie nicht am Verhandlungsprozess beteiligt worden. Der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari war über die gesamte Dauer der im Februar 2006 in Wien begonnenen Gespräche nicht bereit, eine Delegation der Roma zu empfangen. In seinem Plan für den zukünftigen Status der Provinz kommen sie denn auch nur als Fußnote vor. Der frühere Minderheitenbeauftragte der OSZE im Kosovo, Stephan Müller, kommentiert dieses Vorgehen als »zynischen Höhepunkt der Politik der internationalen Staatengemeinschaft« gegenüber den Roma im Kosovo. ■

Die Autoren betreiben die Webseite
www.roma-kosovoinfo.de